Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

20 Goldpfennig = 200 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonntag, 29. Juni 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Kollendorf 4763—88, 4769—88. Postschek Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags nur einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntags bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 38 mm breite Millimeter-Zeile. Behördenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

29. 6. 24 Nr. 302 Morgenausgabe 63. Jahrgang.

Dawesgutachten und Achtstundentag.

Internationale Regelung der deutschen Arbeitszeit?

a. London, 28. 6. (Eigenbericht.)

Aus Anlaß des fünfjährigen Jahrestages der Unterzeichnung des „Friedensvertrages" erzählt der „Lice" eine beziehungsvolle Anekdote, die, wenn sie nicht wahr sein sollte, gut erfunden ist. Bis zum letzten Augenblick sei es auf seiten der Alliierten zweifelhaft gewesen, ob die deutsche Delegation tatsächlich den Vertrag unterzeichnen werde. Diese Unsicherheit sei noch vorhanden höhe worden, daß der Geheimdienst der Amerikaner die Nachricht verbreitete, die deutsche Delegation würde Gegenbanden mitbringen und die Gegenbeute der Anwesenheit aller alliierten Staatsmänner dazu benutzen, um dieses und sich selbst ein „glorreiches Ende" zu bereiten. Befanntlich haben die deutschen Delegierten damals statt eines Bombe einen Zylinderhalter mitgebracht.

Der Besuch des englischen Arbeitsministers Tom Shaw in Paris verdient Aufmerksamkeit. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß es sich nicht nur um die Frage der internationalen Regelung des Achtstundentages handelt, sondern um den Zusammenhang dieser Frage mit der Durchführung des Finanzberichtes. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß vom englischen Standpunkt aus eine der wichtigsten Bestimmungen dahin geht, mit Hilfe des Finanzberichtes die Gesetze des deutschen Wettbewerbs zu verringern, eine Aufgabe, die in London um so wichtiger erscheint, als durch die mögliche Ruhrkrise ein vorübergehender Aufschwung der deutschen Industrie bevorstehet wird. Neben der industriellen Sonderfrage wird eine Regelung der deutschen Arbeitszeit durch internationale Abmachungen als das wichtigste Mittel betrachtet, um diese Befürchtungen zu beseitigen.

Was sehr viele Fragen die politischen Kreise beschäftigen, kommt in der nächsten Woche im Unterhause Anbeantwortung zur Ausdruck. Besonders in der Rede Lloyd Georges. Die Frage, ob es mit Rücksicht auf die deutsche Konkurrenzfähigkeit überhaupt ratsam sei, daß ein Zusammenhang mit dem Finanzbericht englisches Kapital nach Deutschland gehe, wurde jedoch aus bagerlichen Gründen auch in dieser Debatte wie weniger scharf gestellt, wie es in einflußreichen Kreisen, die allerdings der konservativen Opposition angehören, seit längerer Zeit geschieht. Die Finanzkrise der City legen im allgemeinen auf die Konkurrenzgefahr wenig Gewicht, haben aber zum Teil wieder andere Bedenken. Es ist schwer, die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Interessenkämpfen, die in England für diese Angelegenheit bestimmend sind, gegeneinander abzuwägen, und man kann nur wiederholen, daß die ganze Entscheidung, von hier aus gesehen, keineswegs so sicher erscheint, wie sie offenbar in Deutschland vielfach angenommen wird.

Der „Manchester Guardian" widmet diesem Gegenstand nähere Betrachtungen. Er ist der Ansicht, daß der Finanzbericht nur wirksam erscheinen kann, wenn das Ausland mit deutschen Waren überschwemmt wird. Von seinem freihändlerischen Standpunkt aus ist das Blatt jedoch der Ansicht, daß es letzten Endes doch zum Vorteil Englands ausschlagen müsse, selbst einen Konkurrenten auf die Beine zu helfen. Immerhin müsse sich die englische Wirtschaft nach Möglichkeit zu schützen suchen. Nur wisse niemand recht, wie dies am besten geschehen solle. Im übrigen glaubt „Manchester Guardian", daß es noch sehr fraglich sei, ob tatsächlich eine Besserung der deutschen Kreditnot eintreten wird. In jedem Fall würde sich die Besserung der deutschen wirtschaftlichen Lage nur sehr langsam vollziehen.

Drohende Einschränkung der Ruhrkohlenförderung.

Köln, 28. 6. (Mtd.) „Die Ruhrkohle", das neue Eisenbahnblatt, wird, wie die „Rheinische Volkszeitung" erfahren, in einer Sitzung für den 1. Juli 1924 einberufenen Mitgliederversammlung den Beschluß beabsichtigen, die bisherige Förderung um 45 % einzuschränken, da sie nicht in der Lage sei, unter den bisherigen Umfange geforderten Mengen abzusetzen. Auch stehen ihr keine Mittel zur Verfügung, um die nicht abgesetzten Kohlen für ihre Rechnung auf den Zechen zu lagern. Die Folge davon ist, daß einer großen Anzahl von Bergleuten gekündigt werden muß.

Vertrauensvotum für Herriot.

456 gegen 26 Stimmen.

Paris, 28. 6. (W. T. B.)

Die Kammer verhandelte in ihrer heutigen Vormittagssitzung über die provisorischen Maßnahmen für den Wiederaufbau von Juli bis November 1924. Kredite in Höhe von 550 Millionen, mit denen Abstriche von 94 Millionen Hand in Hand gehen, wurden mit 456 gegen 26 Stimmen angenommen, nachdem Herriot die Vertrauensfrage gestellt hatte. Im Laufe der Debatte versicherte Herriot auf eine Anfrage, die Regierung wisse, wie sie das Schen in ihrer Regierungserklärung angeführt habe, von welcher Wichtigkeit es sei, daß die in den ärztlichen Gebieten verwendeten Gelder mit unbedingter Gerechtigkeit verteilt werden. Ebenso sei ihr die Pflicht bekannt, die Gelder in vollkommener Unabhängigkeit zu verteilen. Herriot versicherte weiter, daß er die Untersuchungskommission zur Feststellung von Unregelmäßigkeiten in den besetzten Gebieten voll unterstützen werde, falls sie wieder zusammentrete.

Der Senat hat sich vertagt, nachdem er mit 210 gegen 31 Stimmen den Gesetzentwurf für das provisorische Budget angenommen hat.

Belgiens Einladung zur Konferenz.

Brüssel, 28. 6. (W. T. B.) Der belgischen Regierung ist seitens der britischen Regierung die offizielle Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz vom 16. Juli zugegangen.

Mac Donalds Geheimdiplomatie.

Manchester, 28. 6. (W. T. B.) In einer großen Versammlung der Liberalen in Manchester hielt Lloyd George vor ungefähr 40 000 Personen eine Eröffnungsansprache, in der er hervorhob, daß gerade die Minister der Arbeiterpartei die unbeirrte Politik geheimnisvoller betrieben, als es jemals der Fall gewesen sei. Dies gehe z. B. die Zusammenkunft in Chequers, über deren Verlauf die Wahrheit zu erfahren, von vitalem Interesse sei. Lloyd George spricht die Hoffnung aus, daß die internationale Konferenz vom 16. 7. die Lage aller Länder wieder besserer werde. Frankreich wünsche ebenso wie Deutschland, sich wieder ernährhaft der Arbeit zuwenden zu können.

Die amerikanischen Besatzungskosten

Paris, 28. 6. (W. T. B. Nach einer Meldung der „United Preß" aus Washington erklärte das Staatsdepartement, daß Botschafter Kellog an der Londoner Konferenz vom 16. Juli teilnehmen werde, um die amerikanische Ansprüche an Deutschland, insbesondere die Erstattung der amerikanischen Besatzungskosten in Höhe von 250 Millionen Dollar zu wahren. Der Botschafter besitze jedoch keine Vollmacht, bindende Vereinbarungen zu treffen.

Der englische Flugdienst in Deutschland.

Den Londoner Blättern zufolge soll, wie bereits gemeldet, die Fortsetzung des britischen Luftfahrtverkehrsdienstes zwischen London und Berlin in Frage gestellt sein. Hierzu meldet W. T. B.: Daß Deutschland mit der Nichterneuerung der am 30. Juni ablaufenden Konzession bereit habe, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nicht zutreffend. Die deutsche Regierung hat die englische Regierung lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß sie, nachdem sie zu dem Ergebnis gelangt sei, daß ihre Bemühungen wegen Abänderung der für die deutsche Industrie geltenden Bauvorschriften in absehbarer Zeit keine Aussicht auf ein Ergebnis haben, nunmehr auch von den mit Deutschland im Luftverkehr stehenden ausländischen Linien die Bemendung von Flugzeugen verlangen müsse, welche sich innerhalb der durch die Bauvorschriften begrifflich festgelegten Grenzen für Zivilflugzeuge halten. Die hat sich dabei aber ausdrücklich bereit erklärt, die laufenden Konzessionen an sich noch einmal auf zwei Monate zu verlängern.

Neuer Plan für den Oberrheinkanal

d. Basel, 28. 6. (Eigenbericht.) Die internationale Rheinkommission hat bekanntlich vor zwei Jahren im Zusammenhang mit der Errichtung des Seitenkanals am Oberrhein nach dem Elsaß auch beschlossen, daß eine Regulierung des Rheins von Basel bis Straßburg stattfinden soll, an deren Kosten Deutschland und die Schweiz besonders teilnehmen, dann auch Frankreich. Das badische Rheinbauverzeu in Breisach hat nun im Einverständnis mit der Schweiz neue Pläne für diese Regulierungswerke ausgearbeitet. Danach betragen die Gesamtkosten 48 Millionen Goldmark. Die Ausführung der Regulierungsarbeiten wird 15 Jahre in Anspruch nehmen. Der Plan erreichnet eine Rentabilität auf Grund der Ersparnis an Frachten.

Die Südamerikareise des italienischen Kronprinzen.

fr. Mailand, 28. 6. (Eigenbericht.) Der König wird am Montag bei der Entgegennahme der Antwort des Parlaments auf die Thronrede eine Botschaft verlesen, in der er das Land auffordert, Frieden zu halten. Daß eine solche Aufforderung immer noch sehr am Platze ist, geigt der Vorfall in Mailand, wo, wie berichtet, ein Straßenbahnschaffner von Faschisten totgeprügelt wurde, weil er anderer Ansicht über die Maiverfassfeier war als die Faschisten. Ganz markante faschistische Führerpersönlichkeiten, wie der Abgeordnete Farinacci, fahren fort, in den häßlichsten Ausfällen gegen ihre Gegner loszugehen. Das „Giornale d'Italia" schreibt über Farinacci: Mussolini muß wieder einmal beteuern: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden."

Am Montag wird der italienische Kronprinz seine Reise antreten, die ihn in Begleitung eines Militärgeleitzuges nach Südamerika führt. Das Geschwader besteht aus den Kreuzern „San Giorgio" und „San Marco" und wird Rio de Janeiro, Buenos Aires, Bahia und vor allem die italienischen Kolonien an der Ostküste besuchen. Der Admiral Bonaldi hat den Auftrag erhalten, sich mit der Propaganda-Organisation für das Ausland „Dante Alighieri" ins Benehmen zu setzen.

Die „neue Aera".

Beschlagnahme des Regierungsgebäudes Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. 6. (W. T. B.) **Die Besatzung hat etwa die Hälfte des Düsseldorfer Regierungsgebäudes beschlagnahmt und verlangt, daß die beschlagnahmten 176 Räume bis zum 10. Juli zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich um eine Maßnahme, deren Tragweite über die örtlichen Interessen weit hinausgeht und die für die gesamte Verwaltung des Regierungsbezirkes Düsseldorf von größter Bedeutung ist. Wenn diese Beschlagnahme wirklich zur Durchführung gelangt, dürfte die Folge gar nicht zu übersehen sein. Es wird bestimmt damit zu rechnen, daß große Teile der Verwaltung einfach stillgelegt würden, und daß bei anderen eine Schädigung eintritt, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. In den angeforderten Räumen sind gegenwärtig 700 Beamte und Angestellte nicht nur der preußischen inneren, allgemeinen Polizei, Landjägerei, Hochbau-, Katasterämtern, Schul- und Forstverwaltung, sondern auch der großen Kassen des Finanzamtes, des Katasteramts, des Versorgungsamtes, des Versorgungsgerichtes, des Oberversicherungsamtes beschäftigt, abgesehen von einer Anzahl untergeordneter Registraturen, die in den drei Stockwerken, Kellergeschoß und Dachgeschoß untergebracht sind, deren Beschlagnahme die Verwaltungsgeschäfte geradezu unmöglich machen würde.**

Ablehnende Haltung der Mieum.

Düsseldorf, 28. 6. **Bei den heutigen Verhandlungen zwischen der Mieum und den Vertretern des Außenbeirates hielt die Mieum ihre Forderungen auf Lieferung der Reparationskohle für den Monat Juli in vollem Umfange aufrecht und lehnte jede Diskussion über eine Verlängerung der in Gestalten Kohlenlieferungen ab.**

Dagegen stimmte sie einer Herabsetzung der Kohlenlieferungen, ferner einer Verminderung der Eisen- und Kalisendungen und der Leistungsgebühren für Nebenprodukte auf die Hälfte zu. Für Benzol wurde eine Herabsetzung der zu liefernden Mengen abgelehnt, wogegen für Pech eine solche von 40 % für Sulfate und andere Nebenprodukte von 20 % zugesagt wurde. Die Sachverkommission bestrat den Standpunkt, daß bei der traurigen Wirtschaftslage im Ruhrbezirk zum mindesten die Kohlenlieferungen und die sonstigen gesetzlichen Belastungen vollständig ausgeglichen müßten. Die Verhandlungen wurden gegen 2 Uhr auf übermorgen vertagt. Die Sachverkommission wird morgen der Regierung in Berlin über die Verhandlungen Bericht erstatten.

ä. Essen, 28. 6. (Eigenbericht.) Ueber das Ergebnis der heutigen Mieumverhandlungen zeigt man sich in Kreisen des Bergbaues sehr enttäuscht, da man nach der Note Herriots, wonach die Mieum Anweisungen habe, den deutschen Unterstellen entgegenkommen, auf eine schnelle Erleichterung der Mieumlasten gerechnet hat.

Auch Duisburg muß frei werden!

Essen, 28. 6. (Z. U.) Die Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel hat an den Reichskanzler und an den Reichsaußenminister folgendes Telegramm gesandt: „Zu engster Schicksalsgemeinschaft mit dem Ruhrgebiet verbunden, erheben wir auf das bestimmteste dawit, daß bei etwaigen Vertragsabschluß auf Grundlage des Sachverständigengutachtens die gleichmäßige Behandlung des Brückenkopfes Duisburg sowie der anderen auf gleichem Anlaß besetzten Gebietsteile mit dem Ruhrgebiet unbedingt gleichgestellt und damit die vorzeitige Befreiung von der Besetzung gewährleistet wird."

Keine Begnadigung der Landesverräter.

W. T. B. meldet: Aus Anlaß der zu Gunsten der Aufgeschobenen und Ausgewiesenen vom französischen Ministerpräsidenten getroffenen Maßnahmen ist französischerseits angeregt worden, zur weiteren Besänftigung der besetzten Gebiete auch diejenigen Deutschen zu begnadigen, die während des Ruhrkampfes den Franzosen mittelbar oder unmittelbar Hilfe geleistet oder sich der Anwendung der Verordnungen der interalliierten Rheinlandkommission oder den Anweisungen des Militärs nicht widersetzt haben.

Der Reichspräsident hat sich daraufhin entschlossen, die Begnadigung derjenigen Deutschen in Aussicht zu stellen, die sich gegenüber den vom Reichspräsidenten aus Anlaß des Ruhrkampfes erlassenen Verordnungen vergangen haben, soweit sie sich nicht des hoch- oder landesverrates schuldig gemacht haben. Soweit das Gnadenrecht den Ländern zusteht, werden entsprechende Gnadenmaßnahmen seitens der beteiligten Länderregierungen, insbesondere Bayerns und Preußens, vorbereitet.

Vertagung des Reichstags.

Die Not der Vertriebenen. — Aufwertungsfrage.

Im weiteren Verlauf der Debatte über die Interpellation Korell (Demokrat), betr. die

Notlage der Ausgewiesenen

dankt der Sozialdemokrat Soltmann der Regierung für ihre Politik und nennt es eine Kulturtat, daß die Rückkehr der Ausgewiesenen erwähnt. Die Rückkehrenden müßten Wohnungen, Möbel und die Wiederherstellung ihrer Existenz ermöglicht erhalten. Die Annahme des Sachverständigengutachtens bedeute noch keinen Frieden, sondern nur erst einen Waffenstillstand. Am Rhein wecke man wieder militaristisch und nationalistisch.

Der Minister für die besetzten Gebiete dankt dem Roten Kreuz für seine Arbeit bei der Betreuung der Ausgewiesenen. Er teilt mit, daß General Degoutte verfügt habe, daß die 142 000 aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen zurückkehren können, mit Ausnahme von 75 namentlich aufgeführten, meist höheren Verwaltungsbeamten. Der Minister betont die Schwierigkeiten, die sich einer ausreichenden Differenzierung des Reiches für die Wiedergutmachung des besetzten Gebietes entgegenstellen. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß nach dem Abbau der Regie und der Besatzung die Schäden schneller und wirksamer als bisher ausgeglichen werden können. Die Einsetzung eines Sonderausschusses sei gut bereitet. Er erhoffe von ihm ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Regierung zum Besten des besetzten Gebietes. (Beifall.)

Der Minister gibt zu, daß die Fürsorge für die Ausgewiesenen vielleicht eine Zeitlang mangelhaft gewesen sei. Die endgültige Befreiung der besetzten Gebiete hängt mit der Lösung der Reparationsfrage zusammen. Das Ministerium hat seine Vorarbeiten auf diesem Gebiet vollendet. Alle Anfragen seien mit der notwendigen Material versehen worden.

Der Nationalsozialist v. Ramin bezeichnet es als ein Schande, daß Deutschland sich die unerhörten Gefangenenmißhandlungen in besetzten Gebiet immer wieder gefallen lasse. Anläßlich der letzten Regierungserklärung Herriots sei der Optimismus der deutschen Regierung unbegreiflich. Der Bayerische Volkspartei Bayersdörfer bedauert, daß trotz aller Entscheidungen und Opfer an der Treue des besetzten Gebietes niemals ein Zweifel gewesen sei.

Damit schließt die Aussprache. Sämtliche Anträge werden dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

In dritter Lesung angenommen werden die Wirtschaftsverträge mit Litauen und Estland.

Dann wendet man sich der Besprechung der

Aufwertungsfrage.

zu. Auf der Tagesordnung stehen neun Anträge aller Parteien, welche die Aufwertungsfrage betreffen.

Der Deutschnationale Hergt fordert die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung, ferner einer Verordnung über die Einziehung der Kriegsanleihe und der Leistungsgebühren für Nebenprodukte auf die Hälfte zu. Für Benzol wurde eine Herabsetzung der zu liefernden Mengen abgelehnt, wogegen für Pech eine solche von 40 %, für Sulfate und andere Nebenprodukte von 20 % zugesagt wurde. Die Sachverkommission bestrat den Standpunkt, daß bei der trostlosen Wirtschaftslage im Ruhrbezirk zum mindesten die Kohlenlieferungen und die sonstigen gesetzlichen Belastungen vollständig ausgeglichen müßten. Die Verhandlungen wurden gegen 2 Uhr auf übermorgen vertagt. Die Sachverkommission wird morgen der Regierung in Berlin über die Verhandlungen Bericht erstatten.

ä. Essen, 28. 6. (Eigenbericht.) Ueber das Ergebnis der heutigen Mieumverhandlungen zeigt man sich in Kreisen des Bergbaues sehr enttäuscht, da man nach der Note Herriots, wonach die Mieum Anweisungen habe, den deutschen Unterstellen entgegenkommen, auf eine schnelle Erleichterung der Mieumlasten gerechnet hat.

Auch Duisburg muß frei werden!

Essen, 28. 6. (Z. U.) Die Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel hat an den Reichskanzler und an den Reichsaußenminister folgendes Telegramm gesandt: „Zu engster Schicksalsgemeinschaft mit dem Ruhrgebiet verbunden, erheben wir auf das bestimmteste dawit, daß bei etwaigen Vertragsabschluß auf Grundlage des Sachverständigengutachtens die gleichmäßige Behandlung des Brückenkopfes Duisburg sowie der anderen auf gleichem Anlaß besetzten Gebietsteile mit dem Ruhrgebiet unbedingt gleichgestellt und damit die vorzeitige Befreiung von der Besetzung gewährleistet wird."

„Rote Fahne" und „Deutsche Zeitung" verboten.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Der preußische Innenminister hat gemäß Ermächtigung des Reichsministers des Innern auf Grund des § 2 Absatz 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 das Erscheinen der „Roten Fahne" mit der Sonderblatt „Die Rote Fahne am Montag", ferner der „Roten Fahne für die Provinz Brandenburg", der „Roten Fahne der Lausitz" und der „Volkswacht", Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Lübeck und Pommern, auf die Dauer von vier Wochen, von gestern vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Ferner hat der Minister des Innern auf Grund der Ermächtigung des Reichsministers des Innern und auf Grund des § 2 Absatz 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 in der Fassung der Ergänzungsverordnung vom 17. Juni 1924 das Erscheinen der „Deutschen Zeitung" auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 29. Juni bis einschließlich 12. Juli 1924 verboten.

Plötzlicher Tod des Rektors der Breslauer Universität.

Der Rektor der Breslauer Universität, Professor Dr. Johann Ricker, ist, wie uns ein Eilbrief mitteilt, am Sonnabend, dem 28. Juni, morgens Sonnabend abend um 7/8 Uhr bei einem Vortrag der Universitätsgesellschaft plötzlich am Herzschlag gestorben.

Durch Beschluß der Rheinlandkommission ist das von der Deutschen Reichsbahnbahn herausgegebene Buch „Deutschland als Steppe in Frankreich in den Jahren 1871—1873" für das besetzte Gebiet verboten worden. Es handelt sich um ein wissenschaftliches Werk, das eine rein objektive Darstellung gibt.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

Tägl. Geld	28. 6.	27. 6.		28. 6.	27. 6.
Berlin	23 1/2 G.	24 B	Amsterd.	37,54	37,56
nächster	keine Umsätze	keine Umsätze	Zürich	17,76	17,74
Tagesgeld			Kopenh.	16,38	16,57
London			Prag	2,95	2,95
Kabel T.	4,8262	4,8265	Wien	4,82	4,82
Lond. Gdt.	4,2962	4,2965	Madrid	13,42	13,44
Paris	5,29	5,28	Schweiz	65 1/2	66 1/2
Brüssel	4,61	4,60			

New York, Produktenmarkt.

	28. 6.	27. 6.		28. 6.	27. 6.
Weizen	141 1/4	141 1/4	Eisen	19,50	19,50
„ Juli	115 1/4	116 1/4	Kupfer	5,50	5,50
Mais	93 1/4	93 1/4	Zinn	40,75	41,87 1/4
„ Juli	53 1/4	53 1/4	Zink	7,15	7,15
Hafer	48 1/4	45 1/4	Blei	7,00	7,05
Kaffee	80	79 1/4	Schweinefl.	7,50	7,90
Zucker	4,00	4,00	Chicago Weizen	6 000	28 000
Baumwolle	30,05	30,25		65 000	104 000
„ Juli	29,05	29,27			
Kaffee	30,60	36,60			
„ Sept.	25,67	25,80			
Oel	24,98	25,18			
Zucker	3,960	3,960			
Kupfer fest	12 1/4	12 1/4			
Stahl	7,00	7,00			
Zink	5,77	5,77			

	28. 6.	27. 6.		28. 6.	27. 6.
Weizen, ruhig	131 1/4	131 1/4	Mehl, Ex.	5,35-5,75	5,35-5,75
Korn	130 1/4	130 1/4	Getr. Frachtr.	1 sh 3 d	1 sh 3 d
Mais	106 1/4	104	Kaufkraft	8 cts.	8 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	28. 6.	27. 6.		28. 6.	27. 6.
Weizen	143	144	Schmalz, Sept.	11,15	11,15
„ Sept.	115 1/4	116 1/4	Rippen, Juli	9,77	9,87 1/4
Mais	93 1/4	93 1/4	Speck	10,00	10,00
„ Sept.	92	92 1/4	Getreidefr. nach Liverpool	6,45	6,45
Hafer	53 1/4	53 1/4	Schweine, Packer	7,15	7,15
„ Sept.	46 1/4	45 1/4	Schweine, Leichter	7,00	7,65
Roggen	80	79 1/4	Schweine, Schlachter	7,50	7,90
„ Sept.	80 1/4	80 1/4	Chicago Weizen	6 000	28 000
Schmalz	10,85	10,87 1/4		65 000	104 000

Auswärtige Politik.

Die Rückkehr der Vertriebenen. — Chequers und die Militärkontrolle. — Der Gegensatz zu England.

Wir nehmen Kenntnis von dem Entschluß des französischen Ministerpräsidenten daß ein Teil der aus ihrer deutschen Heimat vertriebenen Bewohner des besetzten Gebiets wieder in ihr Land zurückkehren können. Wieder sind nun diese Mitzugel rund 15 000 Familien betroffen, was einer Personenzahl von rund 60 000 entsprechen würde. Im ganzen beträgt die Zahl der von der Ausweisung Betroffenen mehr als 150 000. Die bisherige Aktion hat also noch nicht der Hälfte der Vertriebenen den Rückweg geöffnet. Damit beginnt Frankreich endlich mit einem System zu brechen, für das es in den Zeiten des Vorkrieges eine Parallele nur im Barbarenstaat des russischen Zaren gab. Dadurch ist es ohne Frage schon ein Fortschritt zu begrüßen, wenn Frankreich die Vertriebenen wieder zurückläßt. Poincaré hätte nie diesen Schritt getan. Freilich wird sich vorerst die praktische Wirkung des Schrittes als nicht problematisch erweisen. Man hatte den Ausgewiesenen damals alles geraubt. Der Hausrat wurde „beschlagnahmt" und an die Besatzungsangehörigen verschenkt. Die Möglichkeit eines Erwerbs und einer Wohnungsbeschaffung ist auf lange Zeit nicht vorhanden. Jetzt wird sich erst das ganze Elend offenbaren, das Frankreich absichtlich angerichtet hat, und wenn es nun die Vertriebenen zurückruft, so gleicht das ein wenig jener Szene, wo Räuber ihre Opfer anspähnden, ihm die Beine geschwitzten und dann ihm kreuzlich fortzuschleichen, zu gehen wohin es wolle.

Daß daneben die alten Praktiken ruhig weitergehen, beizeugen die neuen Meldungen über Geldraub und Wohnungsbeschlagnahme". Wenn jetzt Frankreich wirklich im Rheinland am Ende seines sechsjährigen Amerikanerdiensteins angekommen sein sollte — wir drücken uns absichtlich sehr unverbindlich aus —, so wird die Inventur, die es bei dieser Gelegenheit vornehmen mag, ein großes Defizit ergeben. Es hat geglaubt, in den Rheinland von 1919 das Rheinland von 1914 vor sich zu haben. Am 1. Oktober 1795 erklärte der Konvent in Paris, die Länder auf dem linken Rheinufer seien für immer mit Frankreich vereinigt. Damals waren Mainzer wie Kölner schon halten, teilweise sich noch erinnerten sollten. In Köln hielte der letzte Kurfürst im 1798 von den Franzosen aufgelösten Universität, F. F. Wallraf, sein Jubiläum als lateinischer Sprachkünstler in dem Dienst der Stadt, als diese 1804 die Zurückreise Napoleons festlich beging. Heute muß sich Frankreich mit Herrn Matthes begnügen, der nichts für unmöglich hält. Die Besetzung von Rhein und Ruhr hat das Gegenteil von dem erreicht, was man in Frankreich erhofft hatte: es hat den Abgrund zwischen Rheinland und Franzosenland außerordentlich vertieft.

Das ist ein großes Unglück, und es liegt an Frankreich, den Abgrund zuzuschütten. Wenn Herriot wirklich auf die Verständigung zusteuert, so muß er, von allen anderen Dingen abgesehen, zunächst die Schredensherrschaft in den besetzten Gebieten beendigen und ihre Opfer befreien. Diese Zustände haben nie etwas mit der Frage der Reparationen und der zerstörten Gebiete zu tun gehabt und mit der Frage der „Sicherung" nur insoweit, als hier ein ursprünglich den Franzosen mit Sympathie gegenübersetzendes deutsches Volkstum mit tiefem Haß erfüllt wurde.

*

Die Besprechung von Chequers hat zwei diplomatische Neuigkeiten zutumengeschlossen, und die eine Neuigkeit ist die, daß man diese Neuigkeit kaum bereits erkennen, wie wenig sie von vor ihnen sehenden Kulissen gewachsen. Es ist immer noch das allgemeine Schicksal, das damals die besorgten Zeugen Herriots Verhältnis meistern wollten und vor dem heute die beiden Männer von Chequers ebenfalls nach rasten stehen. Freilich, ein Programmen fehlt es nicht. Zunächst ist Deutschland bis auf den letzten Soldatenstiefel zu entwaffnen. Dann geht man Mitte Juli zu einer internationalen Konferenz nach London, um über die Zurückführung der Gutachten beraten werden soll. Die Einladung an Amerika zur Teilnahme ist ergangen, und Amerika will einen Vertrauensmann des Präsidenten zum Zuhören schicken. Auch Deutschland soll geladen werden. Schließlich ist September in Genf der Völkerbund tagen, wozu die beiden Männer von Chequers ihr Erscheinen zugesagt haben. Es heißt, daß Deutschland bis dahin veranlaßt werden soll, in den Völkerbund einzutreten.

Das klingt alles sehr plausibel, allein dahinter steht, wie aller schönen Redensarten über die Einigkeit von Frankreich und England, die große Differenz, die zwischen beiden Ländern noch klafft. Frankreich will seinen Hegemoniestreben haben mit Englandgegen Deutschland. In England aber sträubt man sich sehr heftig gegen den Gedanken, in irgendeiner Form noch einmal zu einem Kriege auf dem Kontinent verpflichtet zu werden. Was es 1914 durch die Lüge Greys geschehen war. Man spielt jetzt zwar in England unglaublich viel Zeitung, und die illustrierten Seiten der englischen Zeitungen sind angefüllt mit Paradebildern und sonstigen Erscheinungen des Militarismus. Die Uniform hat sich sehr stark vorgedrängt, und vielen in der Frauenwelt erfreut sie sich wechselnder Beliebtheit. Der spezifisch bürgerliche Geist ist ohne Frage im Zurückweichen, und wie in Frankreich, so hat auch in England der Kampf gegen den Militarismus von 1914 mit einem Sieg des militärischen Geistes geendet. Der Engländer wird „schneidig" wie ein früherer preußischer Gardeleutnant. Aber doch nur in bestimmten Sinne. Bei allem kriegerischen Geiste sieht er es doch vor, den Gegner, den er fürchtet, auf kaltem Wege unschädlich zu machen. Die Zustimmung zu der letzten Kontrollnote der Entente durch England ist ein besonderes Stück. Von maßgebender englischer Seite ist immer und immer wieder betont worden, und zwar von Unterstaatssekretären und Generälen, daß Deutschlands totale Wehrlosmachung durchgeführt und als befriedigend anzusehen sei.

IM BILDE

Vom Juli ab erhält die „DAZ" wieder eine ständige, reich illustrierte Sonntagsbeilage unter dem Titel:

„DAZ im Bilde".

Eine Erhöhung des Bezugspreises findet nicht statt.

Aus dem Inhalt der Beilagen.

Erstes Beiblatt:
Die falsche Rechnung. — Die Ergebnisse der Kriminalistentagung (Geh. Admiralitätsrat Dr. Fritsch). — Sport.

Zweites Beiblatt:
Arnsberg (Franz Dülberg). — Das deutsche Buch in Madrid (Von unserem Berichterstatter). — Notizen (Max Hubert). — Ewiges Höchstlicht und Kindertaufe (Max Jungnickel). — Chemnitzer Brief. — Filmschau. — Praktisches Deutschtum (Fritz Karl Bodenstedt).

Drittes Beiblatt:
Die amerikanische Zivilisation (Karl Hollweg). — Perpetuum mundus, that Jugoslavia (Prof. Dr. Fritz Stern). — Der Kirchentag in Berlin (Prof. D. Dr. Friedrich Loofs). — Krupp in Rußland. — Ein Rumäne über das deutsche Volksbewußtsein.

„Welt und Werk":
Klopstocks der Beginner (Karl Viëtor) — Klopstock-Vertonungen (James Simon). — Von schwäbischer Gesellsinn. (Dr. M. Krauß, Stuttgart). — Literatische Sprache und Kunst. (E. v. Ungern-Sternberg).

„Kraft und Stoff":
Seidenzucht in Mannheim. — Harz aus deutschen Wäldern (Dr. Hans Katinsky). — Erster Weltkraftkongreß (Zipl.-Ing. Aur Redden). — Nachlässigkeit für wissenschaftliche Arbeiten (Geheimrat Dr. Duchesne). — Die Reise in den Weltenraum (Graf Karl v. Klinkowstroem).

Londoner Markkurs:
1 Pfund: 18,025 Billionen Mark.